

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

48. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. September 2001, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. • Landesbetrieb (§ 26 LHO) Erlebniswald Trappenkamp hier: Abschlussbericht für das Jahr 2000 Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 15/1279</b>	<b>4</b>
<b>• Landesbetrieb Erlebniswald Trappenkamp hier: Zwischenbericht für das Jahr 2001 Umdruck 15/1286</b>	
<b>2. Landshaushaltsrechnung 1998 und Vermögensübersicht 1998 sowie Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 28. September 2000, Drucksache 15/436 Vorlage des Chefs der Staatskanzlei Umdruck 15/1200</b>	<b>6</b>
<b>3. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>7</b>
<b>4. • Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 Drucksache 15/1140 hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten vom 28. August 2001 Umdruck 15/1337</b>	<b>12</b>
<b>• Änderungsvorschläge zum Entwurf des Nachtragshaushalts 2001 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1288</b>	
<b>• Bericht über den Haushaltsablauf / Stand: 30. Juni 2001 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1289</b>	
<b>• Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein mbH Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 15/1370</b>	
<b>5. Veräußerung der Liegenschaft „ehemaliges Katasteramt Ostholstein“ in Oldenburg i.H., Hoheluftstraße 10 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1192</b>	<b>14</b>
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>15</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

- **Landesbetrieb (§ 26 LHO) Erlebniswald Trappenkamp**  
**hier: Abschlussbericht für das Jahr 2000**  
Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten  
Umdruck 15/1279
  
- **Landesbetrieb Erlebniswald Trappenkamp**  
**hier: Zwischenbericht für das Jahr 2001**  
Umdruck 15/1286

Abg. Heinold fragt, warum die Zahl der Besucherinnen und Besucher für das Jahr 2000 so niedrig angesetzt worden sei.

P Dr. Korthals nimmt Bezug auf den Abschlussbericht für das Jahr 2000, in dem St Berg schreibe, sie vermöge die Aussage des Landesrechnungshofs in den Bemerkungen 2001 nicht zu teilen, „dass der Erlebniswald Trappenkamp als Modellprojekt für Modernisierungen im Haushaltsbereich ungeeignet sei“, und erklärt, dass der Landesrechnungshof eine derartige Aussage zu keinem Zeitpunkt getroffen habe, sich vielmehr dahin geäußert habe, dass zurzeit nicht der Zustand da sei und dass der Landesrechnungshof helfen wolle, den Zustand herbeizuführen.

Abg. Wiegard erklärt, dass derartige Berichte nur dann einen Sinn machten, wenn sie auch wirklich - wie im vorliegenden Fall - zeitnah vorgelegt werden. Er möchte wissen, ob sich das dargestellte Rechnungsergebnis aus einem so geordneten Rechnungswesen ergebe, wie es von den Abgeordneten erwartet werde.

Frau Benett-Sturies teilt mit, dass die Zahlen für das Jahr 2001 aus der Betriebsbuchführung hervorgegangen seien. Mit der kaufmännischen Buchführung, die auch vom Landesrechnungshof eingefordert worden sei, werde man zum 1. Januar 2002 beginnen.

Abg. Heinold erklärt, ihr schwebe vor, mit Beginn des Jahres 2002 weitere Projekte auf den Weg zu bringen, um das Outsourcing auch in anderen Bereichen zu praktizieren. - Die Sprecher der übrigen Fraktionen teilen diese Haltung und P Dr. Korthals ist mit dem vorgesehenen Verfahren einverstanden.

Die Vorsitzende und Abg. Heinold schlagen vor, dieses Thema in vier Wochen erneut auf die Tagesordnung zu setzen. St Döring merkt an, dass für die Landesregierung eine Rückkopplung mit dem Finanzausschuss in Form einer Diskussionsrunde unabdingbar sei, um konkret sehen zu können, in welchen Bereichen ein derartiges Modell gewünscht werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis und stimmt dem ins Auge gefassten Verfahren einstimmig zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Landeshaushaltsrechnung 1998 und Vermögensübersicht 1998 sowie Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs  
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom  
28. September 2000, Drucksache 15/436**

Vorlage des Chefs der Staatskanzlei  
Umdruck 15/1200

Auf Wunsch von Abg. Wiegard äußert sich P Dr. Korthals zum Thema „Verlagerung der Kommunalaufsicht auf die Landräte“ dahin, es habe sechs Vorschläge gegeben, die strukturell bedeutsam gewesen seien und mit denen sich die Landesregierung befasst habe. Drei dieser Vorschläge seien umgesetzt worden, drei weitere, auf die die Vorlage speziell eingehe, seien nicht umgesetzt worden. Dabei handele es sich um festgelegte Positionen und er gehe davon aus, dass die Diskussion in dieser Angelegenheit zurzeit nicht weiterführe.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Zu Umdruck 15/1222 - TASH

Abg. Neugebauer äußert seine Zufriedenheit mit dem Bericht und gibt der Überzeugung Ausdruck, dass die TASH auf dem richtigen Weg sei. Im Nachhinein erweise sich, dass es notwendig gewesen sei, beharrlich darauf zu drängen, dass mit dem zur Verfügung stehenden Geld auch wirklich Sinnvolles geleistet werde. Die SPD-Fraktion werde im Zuge der Haushaltsberatungen auf das Thema zurückkommen.

Auch Abg. Arp gibt seiner Zufriedenheit über den Bericht Ausdruck und führt aus, dass die TASH nach Auffassung der CDU-Fraktion trotz der Haushaltssperre erfolgreich gearbeitet habe. Auch er sei der Auffassung, dass die TASH auf dem richtigen Weg sei.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Umdruck 15/1282 - Schloss Glücksburg

Abg. Neugebauer äußert für die SPD-Fraktion die Überraschung, dass die beschriebenen Maßnahmen noch nicht eingeleitet worden seien. Die SPD-Fraktion erbitte daher zum Sommer nächsten Jahres einen Zwischenbericht über die Aufarbeitung des Archivmaterials. - Abg. Heinold schließt sich dem an.

Abg. Heinold nimmt Bezug auf die Aussage, wonach ein genauer Dienstantritt der Fachkraft noch nicht feststehe, und erkundigt sich nach der zeitlichen Perspektive. - M Möller sagt zu, diese Frage an das zuständige Ministerium weiterzuleiten und um eine schriftliche Antwort nachzusuchen.

Abg. Neugebauer führt aus, dass die Arbeiten der Legislative zu diesem Komplex abgeschlossen seien und dass der Finanzausschuss deshalb gut beraten wäre, die Entscheidung über die Erteilung der Gemeinnützigkeit in die Hände der Exekutive zu legen.

Er habe im Übrigen gehört - so fährt Abg. Neugebauer fort -, dass im Management der Stiftung personelle Veränderungen stattgefunden hätten. Er bedauere dies. Er habe den Eindruck, dass mit der Wahl des Managements eine gute Weichenstellung zugunsten von mehr Wirtschaftlichkeit vorgenommen worden sei, und sei deshalb in großer Sorge, dass die vom Finanzausschuss und vom Landesrechnungshof angemahnten wirtschaftlichen Erfolge ausbleiben.

P Dr. Korthals merkt an, insgesamt werde man - bezogen auf den Bericht des Landesrechnungshofs - sagen müssen, dass ein Großteil des Anliegens des Landesrechnungshofs zwar noch nicht umgesetzt, wohl aber auf dem Weg sei. Die Ansätze des Landesrechnungshofs seien erfüllt und aus diesem Grunde habe der Landesrechnungshof das Prüfungsverfahren offiziell beendet.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Umdruck 15/1272 - Förderung des Ehrenamtes

Abg. Wiegard führt aus, bundesweit gehe es um ein erhebliches Volumen, aus dem sich ergebe, in welchem Umfang ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohl der Allgemeinheit stattfinde. Die CDU-Fraktion stehe auf dem Standpunkt, dass Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit, die dem Wohl der Allgemeinheit diene, steuerlich nicht schlechter gestellt werden dürften als Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung, die dem eigenen Einkommen dienen.

Abg. Arp begrüßt es, dass für Wehrführer künftig 300 DM steuerfrei seien, wirft aber die Frage auf, warum diese Bestimmung nicht auch für andere Rettungsdienste, für Sportvereine und letztlich auch für ehrenamtliche Bürgermeister gelte.

M Möller äußert, dass die Bundesregierung und das Land Schleswig-Holstein „in Treue fest“ zu der Änderung der Lohnsteuerrichtlinien stünden. Eine Aussicht auf Ausweitung der Bestimmungen sehe er nicht. Eine Vergleichbarkeit mit den genannten Bereichen sei wegen anderer steuerlicher Regelungen nicht zulässig.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

#### Zu Umdruck 15/1280 - Stellenentwicklung

VP Qualen bezeichnet die in der Vorlage wiedergegebene Zahl von 68 Stellen, die in der Zeit von 1999 bis 2001 eingespart worden seien, als erfreulich, merkt aber einschränkend an, dass man von einer Einsparung von lediglich 34 Stellen ausgehen müsse, da der andere Teil der Stellen auf die GMSH verlagert worden sei und letztlich über den Sachhaushalt finanziert werden müsse.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

#### Zu Umdruck 15/1281 - Kassenzugelassene Sprachheilpädagogen

Abg. Neugebauer plädiert für eine Änderung der Beihilfenvorschriften auf dem Erlasswege.

M Möller nimmt Bezug auf die Vorlage und wiederholt, dass er bereit sei, die nach wie vor vorhandenen grundsätzlichen Bedenken gegen ein Abweichen vom Bundesrecht zurückzustellen, wenn der Finanzausschuss eine Einbeziehung der Sprachheilpädagogen in den Kreis der zu berücksichtigenden Heilhilfsberufler durch Erlassregelung ausdrücklich empfehle und der Landesrechnungshof keine Bedenken erhebe.

Abg. Wiegard erklärt, die CDU-Fraktion nehme die Vorlage in der heutigen Sitzung zur Kenntnis, und bittet, eine Entscheidung über die Thematik in der nächsten Sitzung zu treffen. - Der Ausschuss ist damit einverstanden.

#### Zu Umdruck 15/1319 - HHE 2002 - Kap. 0201

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Vorsitzenden überein, die Vorlage im Zuge der Haushaltsberatungen 2002 zu behandeln.

#### Zu Umdruck 15/1320 - Grenzen der Neuverschuldung

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Vorsitzenden überein, die Vorlage im Zuge der Haushaltsberatungen 2002 zu behandeln.

#### Zu Umdruck 15/1284 - Projekt FISCUS

Abg. Neugebauer äußert, dass der Bericht sehr betroffen mache, und bittet M Möller, auf seinen bayerischen Kollegen in dem Sinne einzuwirken, dass Bayern - und Bayern folgend die neuen Länder und das Saarland - nicht aussteigt. Er bittet M Möller weiter, dem Finanzausschuss im Zusammenhang mit der Nachschiebeliste über den Stand der Dinge zu berichten.

#### Zu Umdruck 15/1283 - GMSH - Geschäftsbericht 2000

Abg. Arp äußert den Wunsch, im Rahmen der Haushaltsberatungen ein Gespräch mit der GMSH zu führen. - Abg. Neugebauer schließt sich diesem Wunsch an.

#### Zu Umdruck 15/1285 - Neubau des Finanzamtes Plön

Abg. Arp fragt, warum das Ministerium die Fragen nach den voraussichtlichen Kosten für den Neubau des Finanzamtes Plön und nach dem voraussichtlichen Veräußerungserlös für das jetzige Dienstgebäude nicht genau beantworten könne. M Möller antwortet, angesichts der Tatsache, dass die Fakten in zehn Tagen auf dem Tisch liegen werden, sollte das Ministerium nicht mit Schätzungen arbeiten. Abg. Arp hält dagegen, dass die Frage bereits im Juli gestellt worden sei und dass er die Zahlen zwischenzeitlich in Plön erfahren habe.

P Dr. Korthals macht darauf aufmerksam, dass in der Haushaltsunterlage Bau die Kosten aufgeführt seien.

Abg. Wiegard kritisiert „das Verfahren zur Beantwortung einer sehr simplen Frage“. Jeder Planer eines Gebäudes müsse doch schließlich eine Schätzkostenermittlung machen. M Möller erklärt sein Bedauern, dass das Ministerium die Kosten, mit denen grob gerechnet worden sei, nicht genannt habe.

Die Vorsitzende greift eine Bemerkung des Abg. Wiegard auf und stellt heraus, dass das Finanzamt Plön nicht nur für die Bürger der Stadt Plön, sondern für die Bürger des Kreises Plön zuständig sei, und dass vor diesem Hintergrund die Entscheidung für den Standort auf ein Grundstück gefallen sei, das ohnehin im Eigentum des Landes stehe. M Möller ergänzt, dass das Finanzamt bisher an drei Standorten untergebracht sei und sich künftig auf einen Standort konzentrieren werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

- **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001**

Drucksache 15/1140

hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten vom 28. August 2001

Umdruck 15/1337

- **Änderungsvorschläge zum Entwurf des Nachtragshaushalts 2001**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/1288

- **Bericht über den Haushaltsablauf / Stand: 30. Juni 2001**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/1289

- **Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein mbH**

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs

Umdruck 15/1370

Die Vorsitzende bezeichnet es als „merkwürdig“, dass der Landesrechnungshof dem Finanzausschuss die Vorlage zum Nachtragshaushalt 2001 zum Thema Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein, Umdruck 15/1370, „per reitendem Boten“ erst gestern zugeleitet habe.

P Dr. Korthals legt dar, dass der Landesrechnungshof zu einem früheren Zeitpunkt nicht habe Stellung nehmen können. Für den Nachtragshaushalt sei ein vereinfachtes Verfahren vorgesehen und der Landesrechnungshof sei davon ausgegangen, dass die Beratungen heute sogar abgeschlossen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, werde der Landesrechnungshof die Zeit nutzen, um bis zur nächsten Sitzung im Zusammenwirken mit dem Sozialministerium eine gemeinsame Lösung zu präsentieren.

Abg. Neugebauer bittet, dem Sozialministerium Gelegenheit zu geben, zur nächsten Sitzung seine Argumente gegen die Bedenken des Landesrechnungshofs schriftlich vorzulegen. Gleichzeitig bittet er das Sozialministerium und den Landesrechnungshof, um eine gemeinsame Vorlage bemüht zu sein.

X X X

Abg. Wiegard begrüßt es, dass der Nachtragshaushalt im Finanzausschuss am heutigen Tage in einem ersten Durchgang und in der kommenden Woche abschließend beraten wird. Dieses Verfahren gebe der CDU die Möglichkeit, die umfangreichen Vorlagen, die gestern und heute auf den Tisch gekommen seien, in die Beratungen einzubeziehen.

P Dr. Korthals merkt an, dass den Landesrechnungshof eine Vielzahl von Vorlagen als so genannte Tischvorlagen erreichten, und bittet, bei der Kritik über eine kurzfristig zugeleitete Vorlage den gleichen Maßstab anzulegen.

X X X

M Möller gibt einen Überblick über den Ablauf des Haushaltsjahres 2001 und über den Nachtragshaushalt.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Abg. Wiegard, das Thema Verkauf der LEG-Anteile in einer auf Montag, den 24. September 2001, 10:30 Uhr, anzuberaumenden Sondersitzung zu beraten.

Abg. Neugebauer führt aus, auffallend sei, dass Abg. Kubicki beim Aufruf des Themas LEG entweder von vornherein nicht anwesend sei oder - wie in der heutigen Sitzung - den Sitzungsraum verlasse, und fragt, ob dies auf Befangenheit zurückzuführen sei.

Im Folgenden werden detaillierte Fragen der Abgeordneten beantwortet.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Liegenschaft „ehemaliges Katasteramt Ostholstein“ in  
Oldenburg i.H., Hoheluftstraße 10**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/1192

Die Vorsitzende merkt an, dass die Vorlage mit Datum vom 29. Juni 2001 ihr erst am gestrigen Tage - dazu noch in neunzigfacher Ausfertigung - zugeleitet worden sei. Sie habe die Landtagsverwaltung gebeten, dieser Angelegenheit nachzugehen.

M Möller erklärt, dass vor der Sommerpause keine Sitzung mehr vorgesehen gewesen sei und dass aus der Sicht des Finanzministeriums wegen der Vorlage keine Sondersitzung hätte durchgeführt werden müssen. Richtig sei, dass die Vorlage noch vor der Sommerpause dem Finanzausschuss hätte zugeleitet werden können; dies sei leider unterblieben. Die Vorlage sei allerdings dem Finanzausschuss zu der ersten Sitzung des Finanzausschusses nach der Sommerpause zugeleitet worden. Weiter sei anzumerken, dass es gängige Praxis sei, dass der Landtagsverwaltung Vorlagen des Finanzministeriums in neunzigfacher Ausfertigung zugeleitet werden.

Wortmeldungen zum Inhaltlichen liegen nicht vor. Der Veräußerung der Liegenschaft wird einstimmig zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende teilt mit, dass der für den Besuch der **ITB** in Berlin ins Auge gefasste Termin mit der März-Tagung des Landtages kollidiere, und kündigt die Vorlage eines neuen Terminplans an.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

U. Kähler  
Vorsitzende

R. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer